

Anlage VV-Vorlage Bürgerkommune Zwischenbericht, 22.06.2010

A. Grundsätze der Bürgerbeteiligung für die Stadt Essen

Die Projektgruppe hat gemeinsam mit Interessierten aus dem Verwaltungsworkshop die nachfolgenden Grundsätze auf der Grundlage des in dem Projekt „Civitas – bürgerorientierte Kommune“ erstellten „Leitbild bürgerorientierte Kommune“ entworfen, die zunächst verwaltungsintern angewendet werden sollen:

- **Bürgerengagement** besitzt für die Stadt Essen einen hohen Stellenwert und bietet erhebliche Vorteile für das sinnvolle Zusammenwirken von Politik, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürgern. Es **stärkt** insbesondere das **Gemeinwesen**.
- Wir sind davon überzeugt, dass Bürgerengagement die **Qualität, Effizienz** und **Legitimation** der Entscheidungsprozesse innerhalb der Kommune maßgeblich stärkt.
- Wir streben ein **partnerschaftliches und respektvolles Verhältnis** zwischen Politik, Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürgern an und führen einen **dauerhaften Dialog** zwischen Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürgern.
- Die **Fachbereiche und Gesellschaften** beschreiben ihre **Standards** bezogen auf ihre Aufgaben und Ressourcen. Die Beteiligungsverfahren werden regelmäßig **evaluiert**.
- Bürgerbeteiligung wird als **integrierter Prozess** verstanden: Wir arbeiten gemeinsam mit beteiligten Bürgerinnen und Bürgern an Planungen, Konzepten und deren Umsetzung. Alle Prozessschritte sind transparent, konkrete Ergebnisse und Entscheidungen aus dem Beteiligungsprozess werden zeitnah umgesetzt und den Beteiligten umfassend und verständlich kommuniziert.
- Wir setzen **vielfältige** bürgerschaftliche **Beteiligungsformen zielgruppenspezifisch** ein und nutzen sie **kreativ**, um den verschiedenen Bevölkerungsgruppen eine Beteiligung zu ermöglichen.
- Wir fördern Bürgerbeteiligung innerhalb **erfahrbarer Einheiten**, z.B. in Stadtteilen und Quartieren.
- Wir gewährleisten, dass Bürgerinnen und Bürger die **Entscheidungsstrukturen** von Politik und Verwaltung sowie die Entscheidungen selbst nachvollziehen können.
- Wir treten dafür ein, dass **Bürgerengagement** die **gebührende gesellschaftliche Anerkennung** findet, und wir **fördern** eine entsprechende **Anerkennungskultur** in Essen.
- Wir **unterstützen** die Bürgerinnen und Bürger in ihrer **Selbstorganisation** und helfen, sie in die Lage zu versetzen, ihre **Interessen effektiv** im Sinne des Gemeinwohls zu **organisieren**.

B. Arbeitshilfe zur Unterstützung der Mitarbeiter/innen bei der Durchführung von Bürgerbeteiligungsverfahren

Zur Umsetzung der Qualitätsstandards zur Bürgerbeteiligung benötigen die Mitarbeiter/innen Arbeitshilfen – ein klares Ergebnis des Verwaltungsworkshops im Oktober 2009.

Die Arbeitshilfe sollte in einem geschützten Internetbereich angeboten werden, so dass sie für die Fachbereiche und die städtischen Gesellschaften zugänglich ist. Sie ist sukzessive aufzubauen, zu ergänzen und zu aktualisieren und sollte so ausgelegt sein, dass ihre Bausteine möglichst dezentral gepflegt werden.

Bausteine:

- „Vorwort“/ Statement des Oberbürgermeisters
- Nutzen von Bürgerbeteiligung darstellen (als Übersicht, Argumentationshilfe)
- Qualitätsrahmen und Grundsätze der Bürgerbeteiligung für die Bürgerkommune Essen
- Methoden (Zusammenstellung, evtl. externe Links)
 - zielgruppenspezifisch
 - abhängig von Beteiligungsgegenstand
- Ressourcenlisten (verwaltungswelt, konzernweit, FB-bezogen)
 - Räume
 - Moderator/innen (intern + extern)
 - Mentor/innen/ Expert/innen (intern + extern)
 - Technik + Ausstattung
- Checkliste für Planung und Durchführung des Bürgerbeteiligungsprozesses (Projektmanagement)
- Checkliste für PR-/ Öffentlichkeitsarbeit
- Checkliste für Durchführung von Veranstaltungen
- Checkliste/ Arbeitshilfe für Erstellung von Präsentationen
- Checkliste für Selbstevaluation
- Link/ Infos zur Kommunalpolitik (RIS)
- gesetzliche Vorgaben/ Definition von Mitsprache, Mitwirkung, Mitbestimmung, Selbstbestimmung, Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement etc. (Wissen der Fachbereiche)
- Informationen über Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote (intern und extern)
- Beispiele für Bürgerbeteiligungsverfahren mit konkreten Ansprechpartnern („best practice“)
- Feedbackmöglichkeit auf allen Ebenen der Arbeitshilfe (z.B. durch Kontaktformular, auch FAQ)
- „Meldung“/ Sammlung der Bürgerbeteiligungsverfahren -> dient Stadtmarketing und schafft Transparenz für die Bürger/innen
- (Internet-)Forum zum Austausch von Interessierten (Falls Bedarf entsteht!)

C. Beispiele für bestehende Standards in ausgewählten Fachbereichen

Die Fachbereiche haben unterschiedliche Aufgaben zu erledigen und treffen dabei auf unterschiedliche Bürger/innen. Jeder Fachbereich sollte sich entsprechend seiner Aufgaben und Zielgruppen eigene Standards geben, die insgesamt – v.a. in Bezug auf den öffentlichen Auftritt – abgestimmt sind (vgl. A. Grundsätze der Bürgerbeteiligung für die Stadt Essen).

Einige **praktizierte Standards** werden im Folgenden beschrieben:

1. Kinder- und Jugendbeteiligung des Jugendamtes Essen:
 - a. Kinderforen: Kinderforum Rathaus, Kinderforum Stadtteil und Kinderforum forscht S. 3
 - b. „mitWirkung!“ Jugendbeteiligung: Jugendbericht, Verbesserung der Jugendinformation, Aufbau dezentraler Strukturen für die Jugendbeteiligung S. 4
 - c. Dialogforen mit Eltern zum Ziel- und Maßnahmenplan Essen.Großstadt für Kinder S. 6
2. Standards der Bürgerbeteiligung im Amt für Stadtplanung und Bauordnung Abteilung „Bauleitplanung und Bebauungsplanbearbeitung“ S. 7
3. Kinderbeteiligung am Krupp-Park S. 11
4. Spielleitplanung der Stadt Essen S. 12
5. Bürgersolarstrom-Anlagen S. 13
6. Online-Partizipation Lärmaktionsplanung S. 14
7. Bürgerbeteiligung durch Straßenbau und Verkehrstechnik S. 15
8. Seniorenbeirat S. 15
9. Pico-bello S. 17
10. Bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung online S. 18

1. Kinder- und Jugendbeteiligung des Jugendamtes Essen

a. Kinderforen (Rathaus, Stadtteil und forscht)

Kinderforen Rathaus und Stadtteil sind seit 2000 eingerichtet, um Partizipationsmöglichkeiten für die Essener Kinder zu entwickeln und umzusetzen. Essener Kinder können in den Foren mit viel Spaß und Freude an der Sache, unterstützt von Erwachsenen (Kommunalpolitiker/innen, Mitarbeiter/innen der Verwaltung, Eltern) ihre Interessen und Ideen gemeinsam umsetzen.



Für die Kinderforen im Rathaus melden Schulen, Initiativen etc. Kindergruppen an. Vor jeder Veranstaltung findet über den Leiter der Kinderforen ein Vorbereitungsgespräch mit den Kindern, Lehrer/innen bzw. Leiter/innen der Kindergruppen statt. In diesem Gespräch wird mit den Kindern gemeinsam überlegt, welche Dinge sie verändert haben wollen, bei denen sie Erwachsenenhilfe benötigen. Den Kindern wird während der Vorbereitung auch durch

Darstellung bereits abgeschlossener Aktionen vermittelt, dass ihre Mitwirkung bedeutsam und erfolgreich ist. Die Kinder haben anschließend die Möglichkeit, sich gezielt auf das Kinderforum im Rathaus vorzubereiten, um dort ihre Wünsche, Vorschläge, Kritik, aber auch ihr positiven Erfahrungen in ihrem Stadtteil an die Ratsmitglieder weiterzugeben.

Als Schwerpunktthemen kristallisieren sich dabei immer wieder heraus:

- Schulen und Schulhöfe (Sauberkeit, Öffnungszeiten außerhalb der Schulzeiten, Renovierungsbedarf, Gestaltungsmöglichkeiten)
- Spielplätze, Grünflächen, Parks, Sportanlagen, Bäder (Sauberkeit, Instandhaltung, Attraktivität, Konflikte mit älteren Jugendlichen)
- Verkehrssicherheit (Nichteinhaltung von Tempolimits, sichere Fußgängerübergänge, Radwegesituation)
- Stadtteil, Wohnumfeld (Sauberkeit in der Stadt)

Die Denkanstöße in den Kinderforen Rathaus werden dann mit Unterstützung von Erwachsenen in den Kinderforen im Stadtteil in enger Abstimmung mit der Bezirksvertretung umgesetzt.

Seit 2005 ist ein neues Modul der Kinderforen dazu gekommen und zwar das „Kinderforum forscht“. Bei diesem Forum helfen Kinder als Experten in eigener Sache den Erwachsenen aus Politik und Verwaltung.

Zurzeit besteht ein Auftrag von Grün und Gruga Spiel- und Bewegungsräume für Kinder in 47 Stadtteile bis Ende 2010 bewerten zu lassen. Die Ergebnisse der Kinder sollen in eine Spielraumleitplanung einfließen.

b. „mitWirkung!“ Jugendbeteiligung

Angestoßen durch das Projekt „mitWirkung!“ in Kooperation mit der Bertelsmann-Stiftung sind folgende Themen angegangen und umgesetzt worden:



• Jugendbericht

Der erste Essener Jugendbericht zu Freizeitinteressen ist mit unterschiedlichen Jugendgruppen mitentwickelt worden. In moderierten Diskussionsgruppen sind Jugendliche an der Entwicklung eines Fragebogens zur Jugendbefragung beteiligt worden. 9000 Fragebögen sind verschickt und 1/3 der Fragebögen zurückgekommen und ausgewertet worden. Eine Jugendkonferenz bot Jugendlichen, die an der Befragung teilgenommen hatten und Teilnehmern aus Verwaltung und Politik die Möglichkeiten, sich auf der Grundlage der Befragungsergebnisse über die Lebenssituation Jugendlicher in Essen auszutauschen.

Der Jugendbereich ist im November 2008 dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt worden. Er ist in zwei Bänden erschienen.

Band I – ist durch die Verwaltung des Jugendamtes erstellt worden und greift ausgewählte Ergebnisse der Jugendbefragung, der Jugendkonferenz auf. Band II – mit einer detaillierten

Darstellung der Ergebnisse der Befragung und dem Tabellenteil ist durch das Amt für Statistik, Stadtforschung und Wahlen erarbeitet worden.

- **Verbesserung der Jugendinformation**

Nur wer gut informiert ist über Beteiligungsmöglichkeiten, kann sich beteiligen. Diese Erkenntnis führte dazu, eine Umfrage in weiterführenden Schulen zu starten, um heraus zu finden, wie und wo sich Jugendliche informieren.

Die Auswertung ergab zu 85 % , dass Jugendliche das Internet benutzen, um sich zu informieren, zu kommunizieren und Informationen weiterzutragen. Andere Informationsmöglichkeiten wie Printmedien, Flyer etc. waren weit abgeschlagen und nicht mehr aktuell.

Ausgehend von den Ergebnissen sollte ein Internetzportal für Jugendliche in Essen entwickelt werden. Dabei waren die Jugendlichen selbst im Vorfeld bereits bei der grafischen Gestaltung, der Namensgebung und der Identifizierung der jugendrelevanten Themenbereiche weitestgehend beteiligt. Geboren wurde so www.townload-essen.de.



Ein Portal, was vom Jugendamt betreut wird. Aber hier haben Jugendliche immer wieder die Möglichkeiten mit zu gestalten, Text zu schreiben und einzustellen, Meinung zu unterschiedlichen Themen abzugeben. Ein wesentlicher Teil des Portals ist die Beschreibung sehr unterschiedlicher Projekte, bei denen Jugendliche mitmachen können. So sind Jugendliche informiert über Beteiligungsprojekte. www.townload-essen.de entwickelt sich ständig weiter. Mehrere Jugendliche betreuen die Banddatei; Jugendliche von „Uni aktiv“ übernehmen die Weiterentwicklung im technischen Bereich, Jugendliche vom Berufskolleg Ost aktualisieren fortlaufend.

- **Aufbau dezentraler Strukturen für die Jugendbeteiligung**

In jedem Stadtbezirk in Essen gibt es seit Mittel 2009 eine Lenkungsgruppe, die von einer Person aus dem Jugendamt und einer Person von Jugendverbänden und freien Trägern besteht. Die Lenkungsgruppe hat für Jugendbeteiligung im Stadtbezirk den Hut auf und soll andere Akteure im Stadtbezirk für Jugendbeteiligung begeistern und mit Jugendlichen Strukturen der Beteiligung aufbauen. Vorangegangen war das Ausprobieren in einem Stadtbezirk.

Weitere Aufgaben:

- Planung und Realisierung von konkreten Partizipationsvorhaben
- Aktivierung von Jugendlichen
- Kooperation mit der Bezirksvertretung
- Jährliche Bedarfsermittlung mit Jugendlichen
- Aufbau und Sicherung von Kommunikations- und Informationsstrukturen

Mittelfristig soll die Lenkungsgruppe mit Jugendlichen besetzt werden, die von den Erwachsenen unterstützt wird.

Die Einrichtung von Lenkungsgruppen für Jugendbeteiligung ist ausdrücklicher Wille des Jugendhilfeausschusses. Gesteuert wird die dezentrale Jugendbeteiligung über ein Gremium der AG nach § 78.

c. Dialogforen mit Eltern zum Ziel- und Maßnahmenplan Essen.Großstadt für Kinder

• Bürgerbeteiligung

Die Stadt Essen hat im Jahre 2006 Ziele für eine kinderfreundliche Großstadt entwickelt, die sich an den konkreten Lebensbedingungen der Kinder und Familien in Essen orientieren. Diese sind erstmalig in einem Ziel- und Maßnahmenplan zusammengefasst.

Der Ziel- und Maßnahmenplan soll:

- Mehr Übersicht und Transparenz über bestehende Maßnahmen für eine kinderfreundliche Großstadt schaffen,
- eine verbesserte Zusammenarbeit aller Beteiligten erreichen und
- Die Zielerreichung mit einem Zielbericht messen und bewerten.

Die Ziele „Essen.Großstadt für Kinder“ wurden in Dialogforen für Eltern, Kinder und strategische Partner (Wohnungsbaugesellschaften, Unternehmen etc.) vorgestellt um aus Sicht der unterschiedlichen Gruppen zu erfahren, ob die Stadt Essen auf dem richtigen Weg ist. Dialogforen bieten eine direkte Beteiligungsmöglichkeit zur Formulierung von Meinungen und Einschätzungen.

• Auswahl der Beteiligten

Für die Dialogforen mit Eltern wurden Mütter und Väter per Zufallsgenerator aus der Einwohnermeldedatei ausgewählt und persönlich eingeladen.

Ablauf eines Dialogforums:

1. Begrüßung/ Zielsetzung erklären

- Bei der Begrüßung durch den zuständigen Geschäftsbereichsvorstand wurde verdeutlicht, wozu dieser Kreis eingeladen ist, welche Rolle die Menschen im Raum haben. Alle sind Beteiligte und auf jeden Fall Mit-Verantwortliche. Es ist nicht die alleinige Verantwortung einer Verwaltung, für Kinder zu sorgen. Jeder ist gefordert, auch die Eltern, die im Raum sind. Die Stadt, Verwaltung und Politik bieten die Plattform, das heißt ein Forum für Austausch und Dialog. Hier geht es nicht um Entscheidungen.

2. Konkret werden, Position beziehen – Gesicht zeigen

- Fachlicher Input der Verwaltung durch den Geschäftsbereichsvorstand.
- Möglichkeit der vertieften Erörterung einzelner Themen an Stationen im Raum, im Sinne eines „open space Prozesses“. Unterschiedliche Meinungen sind gewünscht, gefordert, aber auch wertzuschätzen! Es geht darum, die Motive Einzelner zu verstehen und nicht lang und breit zu diskutieren.
- Die Ergebnisse werden auf Plakaten visualisiert und dokumentiert.



3. Moderierter Rundgang/ Präsentation

Es wird ersichtlich, woran jeder mitgearbeitet hat. Die Ergebnisse werden für alle transparent gemacht.

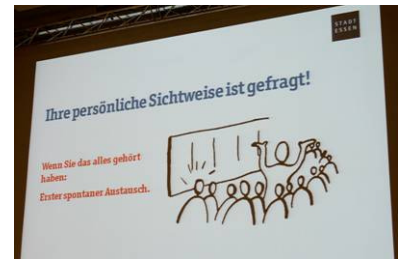
4. Abschluss/ Aussagen, wie geht es weiter und Dank an alle Beteiligten

Die Ergebnisse dienen der weiteren verwaltungsinternen Abstimmung. Die Beteiligten erhalten eine Dokumentation der Veranstaltung.

- **Bewertung der Dialogforen als Form der Bürgerbeteiligung aus Sicht der Eltern**

Diese Methode der Elternbeteiligung ist relativ aufwändig, aber auch wertschätzend und demokratisch.

Dieses kommt auch durch die Rückmeldungen von Eltern in den Auswertungsrunden zum Ausdruck. Mehrfach gab es Äußerungen, wie: „Das hätten wir von der Stadtverwaltung niemals erwartet“, „wir fühlen uns ernst genommen“, „es hat mir Spaß gemacht“, „ich hätte gerne noch länger hier daran gearbeitet“, „ich möchte mich in Zukunft an den weiteren Planungen beteiligen“, bis hin zu einem direkten Lob für die Verantwortlichen.



Das Konzept der Dialogforen ist für vielfältige Themen nutzbar

2009 wurden drei Dialogforen zum Thema „neue Grundschule Haarzopf“ durchgeführt, um zu erfahren, welche Aspekte bei der Auswahl eines Grundschulstandortes für Eltern wichtig sind.

Da es nicht möglich war, alle Familien einzubeziehen, wurden aus der Gesamtheit der Haushalte mit Kindern im Alter bis zu 10 Jahren, die in Haarzopf und Fulerum leben, nach dem Zufallsprinzip Stichproben gezogen, und zum Gespräch eingeladen. Wichtig war hier die „kulturelle“ Botschaft der Herstellung von Transparenz und Beteiligung innerhalb des Entscheidungsprozesses zur Standortentscheidung. Die Hinweise der Eltern sind eine wichtige Grundlage für die Entscheidung der Verwaltung.

Diese Form der Beteiligung unterstützt das Ziel „Gut informieren, Anregungen aufnehmen und viele Partner für mehr Kinderfreundlichkeit gewinnen“ (Ziel 1.9. des Ziel- und Maßnahmenplans „Essen. Großstadt für Kinder“).

Dialogforen als Form der Bürgerbeteiligung sollten auch zukünftig zur Entscheidungsfindung herangezogen werden. Diese Methode schafft dringend benötigtes politisches Vertrauen, ist „gut für die Atmosphäre“ in der Stadt und liefert belastbare Ergebnisse.

2. Einführung von Standards der Bürgerbeteiligung im Amt für Stadtplanung und Bauordnung Abteilung Bauleitplanung und Bebauungsplanbearbeitung

Die (frühzeitige) Öffentlichkeitsbeteiligung nach den Vorschriften des Baugesetzbuches ist als Bestandteil eines öffentlich-rechtlichen Planaufstellungsverfahrens für einen Bauleitplan in § 3 BauGB normiert. Dort sind die materiellen Anforderungen geregelt, aber keine organisatorischen Einzelheiten der Ausgestaltung und des Ablaufs. Die Gemeinde ist diesbezüglich frei, eine angemessene Form zu finden. Dabei steht im Vordergrund, die Bürger frühzeitig und gezielt anzusprechen, sie umfassend zu informieren und optimalerweise zu einer aktiven Mitwirkung zu veranlassen.



Der im Verfahren erstmalige und frühe Kontakt zwischen Verwaltung und Bürgern ist oft entscheidend für eine weitere Kooperation. Bereits hier entscheidet sich, ob die Verwaltung Planungsziele überzeugend vermitteln kann oder ob Konfrontationen entstehen, die das weitere Verfahren und dessen Erfolgchancen prägen.

Im Jahr 2000 hat sich eine amtsinterne Arbeitsgemeinschaft mit der Entwicklung und Implementierung neuer Standards bei der Bürgerbeteiligung beschäftigt und dies in einem Bericht auch dem Fachausschuss am 18.01.2001 vorgestellt. Darüber hinaus wurden die Handlungsfelder über 2 Jahre evaluiert und ebenfalls als Bericht im Jahr 2002 dem Fachausschuss präsentiert.

Folgende Handlungsfelder wurden eingeführt bzw. standardisiert:

a. Öffentlichkeitsarbeit

Planung als öffentliches Verfahren muss die gesetzlich geforderte Anstoßwirkung entfalten. Die Bürger sind im Vorfeld einer Bürgerbeteiligung frühzeitig/gezielt anzusprechen und zu einer Mitwirkung aufzufordern. Unter diesen Gesichtspunkten werden nachstehende Medien eingesetzt:

- Presse
- Plakat
- Falblatt

Bei dem Plakat und dem Falblatt wurde eine innovative und auffällige Gestaltung mit hohem Wiedererkennungswert gewählt. Das Plakat wird im Umfeld des Plangebietes aufgehängt.

Mit dem Falblatt wird die gezielte Ansprache des unmittelbaren Umfeldes durch Postwurfsendung verfolgt. Eine weitere Intention ist die Information zum Mitnehmen, die standardisierte Inhalte wie Planungsziele, Konzepte und Termine und Veranstaltungsorte bekannt gibt.

Des Weiteren befindet sich im Falblatt ein Einleger, der dazu dient die Meinung zur Planung zu notieren und als Anregung ist Planverfahren einfließen zu lassen.



Bürgerbeteiligung ist...

ein wichtiger Bestandteil der Stadtplanung. An den gemeinsamen Terminen werden die allgemeinen Ziele und Zwecke der landschaftlichen Planung vorgestellt.

Dabei wird Ihnen die Gelegenheit gegeben, sich zu den planerischen Konzepten in diesem frühen Planungsstadium zu äußern.

Sie haben die Möglichkeit, Änderungswünsche und Vorschläge vorzutragen bzw. einzureichen.

Verfahrensablauf

- Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange und der Stadtbevölkerung (Sitzung im Verwaltersaal)
- Erweiterung des Bebauungsplanaufwurfes
- Offenlage des Bebauungsplanes (neueste Möglichkeit Anregungen vorzubringen) und Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange
- Satzungsbeschluss
- Bekanntmachung und in-Kraft-Treten des Bebauungsplans

Ingenieur: Amt für Stadtplanung und Bauordnung
Direktorenbeauftragte: Amt für Stadtplanung, Bauleiter und Sachverständige
Direktor: Amt für Stadtplanung, Sachverständigen und Stadtratsverwaltung

Ausstellung der Pläne

Im Eingangsbereich der Grundschule Hüttmann Hüttmannstr. 86 (Eingang Schulhof)

01.12.2008 bis 15.12.2008

Öffnungszeiten: montags bis freitags 08.00 - 18.00 Uhr und am **Freitag 01.12.2008, Kopernikusstr. 8** während der allgemeinen Öffnungszeiten sowie im Amt für Stadtplanung und Bauordnung, Deutschlandhaus, Lindendruck 56, 3. Etage, Zimmer 501, an jedem behördlichen Arbeitstag während der Dienststunden

Erläuterung der Pläne

02.12.2008 von 09.00 - 12.00 Uhr
11.12.2008 von 15.00 - 18.00 Uhr

im Eingangsbereich der Grundschule Hüttmann Hüttmannstr. 86 (Eingang Schulhof)

Ihre Ansprechpartner im Amt für Stadtplanung und Bauordnung

Amt für Stadtplanung und Bauordnung, Abteilung Weltweite Bauleitplanung, Lindendruck 10, 45121 Essen, Frau Fensel, Tel.: 0201/98-41340 Herr Robert, Tel.: 0201/98-41338

Informationen auch im Internet unter www.stadtsuchplanung.de

STADT ESSEN

Sagen Sie uns Ihre Meinung

Bebauungsplanentwurf „Amixstr./Hüttmannstr./Niederfeldsee“ und Flächennutzungsplanänderungsentwurf

Öffentliche Diskussion am **Dienstag, 09.12.2008, um 19.00 Uhr** in der Mensa der Staatlichen Gesamthochschule Bochum/Böckmannstr. 32, Essen-Altendorf (Eingang Heinrich-Strunk-Strasse)

Lageplan

Städtebauliches Konzept

Bebauungsplanentwurf

Luftbild

Variante B

Variante A

Rheinischen Bahn soll im Bereich des Planungsgebietes abgetragen werden und somit seine Barrierewirkung verlieren. Auf der ehemaligen Trasse soll ein Fuß- und Wanderweg angelegt werden, der eine Verbindung in Richtung Innenstadt und Mülheim a.d.R. ermöglicht. Zusätzlich soll durch eine weitere Fuß- und Radwegverbindung in Nord-Süd-Richtung die Erreichbarkeit zwischen den Stadtteilen Altendorf und Bochold verbessert werden.

- In der Variante B sind zusätzliche Wohngebäude östlich des Niederfeldsees vorgesehen. Dadurch soll eine exklusive Wohnlage in Altendorf geschaffen werden.
- Für die Aufstellung des Bebauungsplans soll der Flächennutzungsplan im Bereich des Planungsgebietes geändert werden, damit der Bebauungsplan aus dem Flächennutzungsplan entwickelt werden kann.

b. Planausstellung

Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung beinhaltet in Essen bereits vor der Formulierung der Standards eine 14-tägige Ausstellung der Planunterlagen vor Ort.

An 2 Tagen wurde in dieser Zeit auch die Planung durch Mitarbeiter vorgestellt, tendenziell wird mit der Planausstellung aber die selbständige Information durch den interessierten Bürger verfolgt. Vor diesem Hintergrund und der o.g. Zielsetzung wurden sowohl Handlungsbedarfe hinsichtlich eines gut erreichbaren und zentralen Ausstellungsort, einer professionellen und ansprechenden Präsentation der Planunterlagen sowie verständlicher und nachvollziehbarer Planungsinhalte gesehen.

Ausstellungsort:

Ziel ist ein zentraler Ort mit entsprechendem Raumangebot und Aufenthaltsqualität.

Form der Ausstellung:

Ansprechende Präsentation der Planungsinhalte mit einem neuen einheitlichen Erscheinungsbild als Ausdruck eines modernen, innovativen Unternehmensimage.

Inhalte:

Ziel ist es, umfassend und verständlich zu informieren, um Inhalte zu vermitteln, Transparenz zu schaffen und zur Beteiligung anzuregen. Dabei gilt es neben der Planung (= i.d.R. städtebaulicher Entwurf) an sich auch den Anlass und die Hintergründe darzulegen, das bauleitplanerische Verfahren und die Planungsinstrumente zu erörtern und die Beteiligungsmöglichkeiten des Bürgers im verfahren aufzuzeigen. Entsprechende Visualisierungen durch Pläne, Fotos, knappe verständliche Textbeiträge soll Interesse wecken, veranschaulichen und Zugang schaffen. Des Weiteren soll die Planung im Hinblick auf eine „echte“ Beteiligung offen sein. Tendenziell sollten Planungsvarianten als Diskussionsgrundlage Standard sein.



Vorstellung/Erörterungstermine:

Die Vorstellung an 2 Tagen vor Ort soll den Bürgern dienen in einem „intimen“ Rahmen die Planung zu erörtern, Fragen zu stellen und Meinung zu eruiieren. Die Erörterungstermine werden an einem Vormittag und einen Nachmittag angeboten, um unterschiedlichste Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

c. Öffentliche Diskussion

Zur unmittelbaren Vermittlung von Planungsinhalten und zur Verbesserung des Dialogs zwischen Bürgern und Planungsverwaltung im Planungsprozess stellt die öffentliche Diskussion einen zentralen Baustein dar. Die bis 2000 praktizierte Bürgeranhörung wurden vom organi-

satorischen Ablauf über die Präsentation der Planungsinhalte bis zur Dialog- und Moderationsform modernisiert und optimiert. Ziel ist es, moderiert, innovativ und informativ eine Veranstaltung zu managen, um eine zeitgemäße und dienstleistungsorientierte Außendarstellung zu gewährleisten und das Konfrontations- und Konfliktrisiko dieser Veranstaltungen zu minimieren.

Folgende Handlungsfelder wurden optimiert:

Veranstaltungsort:

Dieser soll plangebietsnah, gut erreichbar sein und über eine gute Aufenthaltsqualität, ausreichend Platz, entsprechende technische Ausstattung verfügen.

Ablauf

Ziel ist es, einen geordneten, klaren, straffen und damit effizienten Veranstaltungsablauf mit optimal präsentierten Planungsinhalten in einem definierten Zeitrahmen zu organisieren und den Bürger zur mündlichen und schriftlichen Meinungsäußerung anzuregen. Darüber hinaus sollen persönliche, wirtschaftliche, institutionelle Betroffenheiten und Sensibilitäten sowie Problemlösungsvorschläge erfasst werden und eine konstruktive Atmosphäre geschaffen werden. Dazu ist ein standardisierter Ablauf in 4-5 Schritten entwickelt worden, die zu Beginn vorgestellte Tagesordnung beinhaltet die Begrüßung und Vorstellung der Planung sowie die protokollierte Diskussion des Moderators. Die Veranstaltungen sind unbedingt zu moderieren und zwar durch einen „neutralen“ Dritten, der nicht unmittelbar am Planungsprozess beteiligt ist oder in besonders konfliktreichen Planungsprozessen ggf. auch durch einen professionellen externen Moderator. Ziel ist es, daß die „voreingenommene“ Verwaltung nicht mehr unmittelbarer Ansprechpartner ist, sondern der Moderator. Der Ablauf ist aus Sicht der Bürger dann nicht „verwaltungsgesteuert“, die Moderationskompetenz wird anerkannt, die Veranstaltungen verlaufen weniger emotional.

Dazu sind einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Amt explizit geschult worden im Bereich Moderation und „Versammlungsleitung im öffentlichen Raum“.

Inhalte und Präsentation:

Analog zum Planaushang sind auch im Rahmen der Abendveranstaltung die Planungsinformationen anschaulich, interessant und verständlich zu präsentieren. Mittels Beamerpräsentation erfolgt ein Impulsvortrag über festgelegte Inhalte (Bestandsbeschreibung, Rahmenbedingungen, Ziele, Vorstellung der Planentwürfe)

Dokumentation

Die gesamte Öffentlichkeitsbeteiligung und explizit die eingegangenen Anregungen zur Planung werden anschaulich dokumentiert und können von Interessierten angefordert werden.

Die o.g. Handlungsfelder stellen **seit 2001** die neuen **Standards** dar und sind durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes wie auch durch externe Planungsbüros bei allen Bauleitplanverfahren anzuwenden.



Alle Bausteine/ Inhalte sind in Layout-Vorlagen erstellt und vom Planverfasser als Standard anzuwenden. Das Layout ist unbedingt einzuhalten. Die vorgegebenen Inhalte sind im Einzelfall hinsichtlich der Informationsdichte anzupassen.

d. Evaluierung

Mit der Einführung der Standards wurde eine Erfolgskontrolle festgelegt, d. h. die Erfassung des zusätzlichen Aufwandes und des tatsächlichen Nutzens und ein entsprechende Berichterfassung erstellt.

Ein dem Fachausschuss vorgelegter Abschlussbericht im Jahr 2002 zog Bilanz nach 16 durchgeführten Bürgerbeteiligungen und bewertet die Ausführung und Wirkungsweise der verschiedenen Bausteine der modifizierten Bürgerbeteiligung unter Berücksichtigung einer abgefragten „Bürgerzufriedenheit“. Des Weiteren wurde eine Gegenüberstellung von Aufwand und Nutzen der neuen Standards vorgenommen mit folgendem Fazit:

- Der Aufwand für die neuen Standards kann bewältigt werden.
- Die Bürgerinnen und Bürger sind (sehr) zufrieden.

Das war das wesentlichste und wichtigste Resümee dieses Berichtes. Aber darüber hinaus gab und gibt es noch mehr Rückmeldungen, die den Erfolg und Nutzen der neuen Standards manifestieren.

Zahlreiche Vorhabenträger haben sich nach der Durchführung, insbesondere der Abendveranstaltung durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes, ausdrücklich für das Engagement und die professionelle Arbeit bedankt. Auch Kolleginnen und Kollegen anderer Geschäftsbereiche und politische Vertreterinnen und Vertreter, die die Veranstaltungen besucht haben, begrüßten diese Vorgehensweisen und lobten das gute Auftreten der Verwaltung.

Nach der anfänglichen Einarbeitungsphase und der Implementierung der neuen Aufgaben in den Arbeitsablauf der Kolleginnen und Kollegen werden die neuen Standards von allen akzeptiert und befürwortet. Mit der zunehmenden Routine wird der geringfügige zusätzliche Aufwand alltäglich und löst bisherige Arbeitsweisen ab.

3. Kinderbeteiligung am Krupp-Park

- a. Eine **erste Phase der Kinderbeteiligung** am Krupp-Park wurde im Rahmen des Marketingkonzeptes „Heimatgefühle“ Ende 2007 durchgeführt. Alle Schulen der Umgebung waren eingeladen sich an der Planung der thematischen Spielbereiche im Krupp-Park in Form eines **Wettbewerbs** zu beteiligen. Drei Klassen sind der Einladung gefolgt und haben in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro Altendorf, dem Büro Westwerk und GGE Planungsideen entwickelt, die in Form von Bildern, Collagen, ggf. Modellen dargestellt werden. Abgabe der Arbeiten ist Ende Januar. Die Auswertung der Ergebnisse wird im Februar erfolgen.



- b. In einem **zweiten Schritt** ist Mitte Februar 2008 eine **Beteiligungsrunde mit Eltern und Kindern der Umgebung** durchgeführt worden. Es handelte es sich um einen **Workshop**

mit Spielaktionen im Gemeindehaus Schmitzstrasse, bei dem die Kinder spielerisch Ideen entwickeln konnten und diese dann mit den Eltern in Modell oder Plan eingearbeitet haben. Die Einladung erfolgte durch das Stadtteilbüro (Einwurf von Flyern, Aushänge). Ziel war es u.A. die jüngere Zielgruppe der Kindergartenkinder-bzw. deren Eltern zu erreichen.

Als Unterstützung des Workshops wurde Herr Bosak von der Bewegungswerkstatt eingeladen. Bei dem Workshop wurden die Daten interessierter und engagierter Bürger/innen gesammelt, die über den weiteren Umsetzungsprozess informiert werden möchten und ggf. auch bereit sind Patenschaften zu übernehmen oder auf andere Weise mitzuwirken. Die Auswertung der Ergebnisse des Schülerwettbewerbs „Heimatgefühle“ erfolgte in der Jurysitzung am 20.02. 2008. Vertreter aus Politik, Presse, Lokalen Akteuren sowie Verwaltung beurteilten die abgegebenen Arbeiten und entschieden über die Preisverleihung. Die Wettbewerbsergebnisse sowie auch die Ergebnisse des Planungsworkshops vom 12.02.2008 mit Kleinkindern und ihren Eltern wurden bei Grün und Gruga nochmals zusammengefasst und an das planende Landschaftsarchitekturbüro KLA zur Einarbeitung in die Ausführungsplanung weitergegeben.

- c. Die **3. Runde** der Beteiligung wurde während der Bauphase durchgeführt (Herbst 2008 und Frühjahr 2009). Herr Sachße / Schule Natur hat das Thema Pflanzaktion mit Bürgern betreut. Programm war eine Abenteuerwanderung mit der Erörterung von Lebenskreisläufen sowie im Anschluss daran eine **Pflanzaktion** inkl. einer Einführung in die Arbeitstechniken. Es wurden Forstpflanzen im Bereich der zukünftigen Waldgebiete gepflanzt.
- d. Mit den in der ersten Planungsphase beteiligten Schülern wurde schließlich noch eine **Beteiligungsaktion im Zuge der Bauarbeiten** (Juni 2009) durchgeführt. 4 Schulklassen mit insgesamt **ca. 80 Schülern halfen beim Bau** des Waldspielplatzes. Die pädagogisch-didaktische Betreuung der Aktion wurde von der Bewegungswerkstatt Essen geleistet.



4. Spielleitplanung der Stadt Essen

Anschreiben an alle Spielplatzpatinnen und -paten durch das Kinderbüro:

„Die Stadt Essen beabsichtigt für jeden ihrer 50 Stadtteile einen Spielleitplan aufzustellen. Diese Pläne analysieren und bewerten die Versorgung und die Erreichbarkeit von Spiel- und Grünflächen, sie bewerten die Qualität der einzelnen Angebote und formulieren Maßnahmen zur Verbesserung von Spiel-, Bewegungs- und Freiräumen.“

Die Methodik, nach der die Erstellung der Spielleitpläne erfolgt, wurde mit einem Forschungsprojekt im Jahr 2005 an der Universität Duisburg-Essen entwickelt. Zum Test wurden bereits Spielleitpläne für drei Essener Stadtteile erstellt. Ein wesentlicher Bestandteil im Planungsprozess der Spielleitplanung ist die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, da diese als Nutzer der Spiel- und Bewegungsräume am besten Auskunft darüber geben können, was aus ihrer „Expertensicht“ verbessert werden sollte.

Neben den Kindern und Jugendlichen verfügen aber auch die Spielplatzpaten über wichtige Kenntnisse zu den verschiedenen Themen rund um den Spielplatz. Daher möchten wir Sie bitten, uns Ihre Erfahrungen mit dem von Ihnen betreuten Spielplatz und den dort spielenden

Kindern mit Hilfe des beiliegenden Fragebogens mitzuteilen und Vorschläge zur Verbesserung aus Ihrer Sicht zu machen.

Diese Wünsche und Anregungen fließen ebenso wie die der Kinder in die Planung ein und werden bei der Entwicklung der Spielleitpläne als wichtiger Bestandteil berücksichtigt.

Es wäre für uns sehr hilfreich, wenn Sie die Zeit fänden, den beiliegenden **Fragebogen** auszufüllen und möglichst kurzfristig an das Kinder- und Familienbüro zurückzuschicken.



Für ihre Unterstützung möchten wir uns schon jetzt ganz herzlich bedanken. Über den aktuellen Stand der Spielleitplanung werden wir Sie in den Infobriefen des Kinderbüros informieren. Die Ergebnisse der Patenbefragung fließen in den Spielleitplan des Stadtteils ein und werden nach Fertigstellung des Berichtes für Ihren Stadtteil bekanntgegeben.“

5. Bürgersolarstrom-Anlagen

Das Umweltamt der Stadt Essen will Bürgern, die zur Miete wohnen, Solarenergie zugänglich machen. Im Rahmen des kommunalen Klimaschutzes sollen Bürgersolarstrom-Anlagen entstehen.

Für Bürgerinnen und Bürger, die kein eigenes oder für die Photovoltaik geeignetes Dach haben, wird damit die Möglichkeit geschaffen, sich an einer Bürgersolarstromanlage zu beteiligen. Somit bedeutet ein Engagement für den Umwelt- und Klimaschutz auch, von den Förderungen und Vergütungssätzen beim Solarstrom zu profitieren.

• So funktioniert es...

Die Interessenten - Privatpersonen oder gemeinnützige und gewerbliche Antragsteller - können eine Betreibergemeinschaft oder -gesellschaft bilden. Mit der Errichtung und Betreuung der Photovoltaikanlage wird ein Solarbauer beauftragt. Damit können das örtliche Handwerk gestärkt und Arbeitsplätze gesichert oder geschaffen werden.

Interessierte Bürgerinnen und Bürger zahlen einen Beitrag und erwerben damit einen Anteil an einer Anlage. Über eine Laufzeit von 20 Jahren kann eine Rendite von etwa 4 – 7 % erzielt und ausgezahlt werden.

Die ersten Dachnutzungsverträge wurden bereits unterschrieben.

Die Immobilienwirtschaft der Stadt Essen hat Dächer von Schulen für den Bau von Bürgersolarstromanlagen zur Verfügung gestellt. Die Anlagen wurden im Laufe des Jahres 2009 errichtet.



- **Weitere Projekte sind geplant**

Die Stadt Essen bietet Informationen zu Dachflächen unterschiedlicher Herkunft: städtische, gewerbliche und private Dachflächen.

Das Umweltamt moderiert und vernetzt die verschiedenen Interessengruppen (Investoren, Betreiber, Anbieter) kontinuierlich, auch durch die Einrichtung eines Solarstammtisches.

- **Ziel des Projektes:**

Bewusstseinsbildung und Umsetzungshilfen im Bereich Klimaschutz/ Solaranlagen mit größtmöglicher Einbindung und Eigenverantwortlichkeit der Essener Bürgerinnen und Bürger.

6. Online-Partizipation Lärmaktionsplanung

a. Erfahrung Online-Partizipation Lärmaktionsplanung

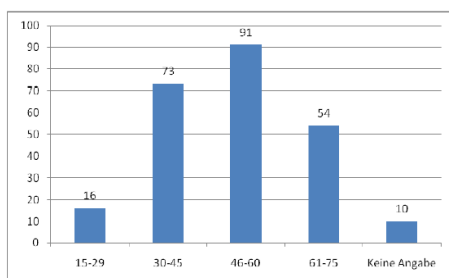
Im Rahmen der Lärmaktionsplanung war eine Bürgerbeteiligung gesetzlich vorgeschrieben, die "rechtzeitig und wirksam" eine Beteiligung gewährleisten muss. Die Stadt Essen hat dies im Rahmen eines vom Umweltministerium NRW geforderten Pilotprojektes als Online-Verfahren konzipiert und mithilfe des beauftragten Büros "Zebralog" in zwei Phasen umgesetzt.

Ziel war es, möglichst viele Bürger/innen mit dem Angebot zu erreichen und ihnen auf unterschiedlichen Wegen eine Beteiligung zu ermöglichen. In der ersten Phase konnten auf einer geografischen Plattform der Lärmkartierung Orte bezeichnet werden, an denen es zu laut ist, bzw., zu denen eine Anregung gegeben werden sollte.

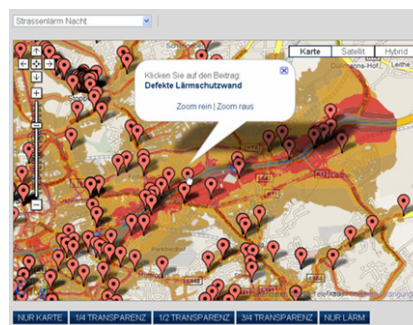
Insgesamt 12000 unterschiedliche Nutzer nahmen das Angebot wahr, 913 Anregungen und 690 Kommentare zu den Anregungen wurden gegeben. In der Auswertung wurden viele Anregungen direkt an ausführende Stellen weitergeleitet, so dass schnell konkrete Maßnahmen erfolgen konnten. Weitere Vorschläge gingen in den Lärmaktionsplan ein bzw. deckten sich mit den Vorschlägen der Verwaltung.

Weitere sehr spezifische Hinweise werden in der Folgezeit von den zuständigen Stellen geprüft, um ggf. später als Maßnahme aufgenommen zu werden. In der zweiten Phase konnten die Maßnahmen bewertet und kommentiert werden, so dass damit eine weitere Meinungsäußerung aus der Bürgerschaft resultiert, die bei der weiteren Priorisierung berücksichtigt werden soll. Parallel zu dem Onlineverfahren fand je eine Bürgerversammlung statt, schriftliche und telefonische Stellungnahmen wurden in das Onlineverfahren integriert. Auf der Online Plattform www.essen-soll-leiser-werden.de werden regelmäßig Rückmeldungen zu bearbeiteten Vorschlägen und zum Stand des Verfahrens gegeben.

Von Seiten der Bürger, den Umweltverbänden und politischen Vertretern im Lärmbeirat wurde das Verfahren sehr positiv beurteilt.



Verteilung der Beteiligten nach Altersgruppen



Eingabemöglichkeit auf Basis Lärmkarte

7. Bürgerbeteiligung durch Straßenbau und Verkehrstechnik

Nach dem Straßen- und Wegegesetz des Landes dürfen Landesstraßen, Kreisstraßen und Gemeindestraßen, sofern für letztere eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, nur gebaut oder geändert werden, wenn der Plan vorher festgestellt ist. Gleiches gilt für Bundesstraßen, die dem Bundesfernstraßengesetz unterliegen.

Das Planfeststellungsverfahren ist ein förmliches Verwaltungsverfahren, das insbesondere die Beteiligung jedes Betroffenen garantiert. Es ist in den Straßengesetzen, dem Verwaltungsverfahrensgesetz NRW sowie den Planfeststellungsrichtlinien des Bundes detailliert im Ablauf beschrieben.

Im kommunalen Bereich werden Straßen meist über Bebauungsplanverfahren rechtlich abgesichert. Auch hier gibt es eine formalisierte Beteiligung. Federführend für diese Verfahren ist der Fachbereich 61.

Der Gemeindeordnung NRW, der städtischen Hauptsatzung und der Ausschusszuständigkeitsordnung folgend werden relevante Straßenbaumaßnahmen den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt. In der Regel sind die Sitzung sowie die dazugehörigen Unterlagen öffentlich, so dass sich engagierte Bürger und Einwohner über die Bezirksvertretungen einbringen können.

Neben den normativ vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren bindet Straßenbau und Verkehrstechnik die Bürger, Einwohner, Anlieger und Nutzer situationsbezogen bei Maßnahmen und Projekten ein. Diese Beteiligungen reichen von Informationsveranstaltungen, z.B. über anstehende Baumaßnahmen, bis hin zu Veranstaltungen mit Workshopcharakter bei außergewöhnlichen Projekten, z.B. „Kinderwege in der Stadt“.



8. Seniorenbeirat

Der Rat der Stadt Essen hat am 29. Januar 1997 die Bildung eines Seniorenbeirates beschlossen. Am 21. Mai 1997 hat sich der Seniorenbeirat konstituiert. Zu den Mitgliedern des Seniorenbeirates gehören Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien, die Seniorenbeauftragten der 9 Stadtbezirke, Vertreterinnen und Vertreter der Verbände der freien Wohlfahrtspflege und der sonstigen Organisationen.



Mit Einrichtung des Seniorenbeirates wurde einerseits der Tatsache Rechnung getragen, dass der Anteil der Bevölkerung jenseits des 60. Lebensjahres deutlich angestiegen ist, andererseits nehmen die älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger in einem sehr viel größeren Maße aktiv am gesellschaftlichen Leben teil.

Der Seniorenbeirat ist eine Interessenvertretung der älteren Generation. Er ist konfessionell und parteipolitisch neutral und verbandsunabhängig. Die Mitglieder arbeiten ehrenamtlich.

Die **Aufgaben des Seniorenbeirates** sind:

- Rat, Ratsausschüsse, Bezirksvertretungen in der Stadt sowie die Verwaltung in Fragen der Seniorenarbeit zu beraten
- Empfehlungen zur Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen von Seniorinnen und Senioren zu erarbeiten
- Die verantwortlichen Stellen auf örtlicher und überörtlicher Ebene auf spezifische Probleme der Seniorinnen und Senioren aufmerksam zu machen und die Bearbeitung zu verfolgen
- Bei der Planung und Verwirklichung von Angeboten und Hilfen für Seniorinnen und Senioren mitzuwirken
- Ansprechpartner für Seniorinnen und Senioren im Stadtgebiet zu sein

Die Verwaltung leitet dem Seniorenbeirat alle seniorenrelevanten Rats- und Ausschussvorlagen zur Stellungnahme oder Kenntnisnahme zu.

2001 wurde vom Seniorenbeirat die **Senioren-Charta Essen** verfasst. Sie formuliert die Grundsätze der Seniorenpolitik in Essen.

Die vom Seniorenbeirat wahrgenommenen Aufgaben finden sich in den Tätigkeitsberichten wieder, aktuell für die Jahre 2005 – 2009.

Als **Beispiele** seien genannt:

- Fachtagung Wohnen im Alter
- Seniorenkino in der Lichtburg
- Senioren als Verkehrshelfer
- Sondersitzung Palliativmedizinische/ pflegerische Versorgung und Betreuung von Patienten und deren Angehörige
- Unfallprävention durch Verkehrssicherheitstraining
- Tag der älteren Generation auf dem Kennedyplatz



Außerdem hat der Seniorenbeirat **Arbeitskreise** zu nachfolgenden Themen eingerichtet:

- AK Sozialpolitische Themen
- AK Öffentlichkeitsarbeit
- AK Planen, Bauen, Wohnen

Die Mitglieder des Seniorenbeirates und der Arbeitskreise setzen sich aktiv für die Belange der Seniorinnen und Senioren in Essen ein und werden von der Verwaltung bei allen seniorenrelevanten Themen beteiligt.

9. Pico-bello

Vor sechs Jahren, am 26. Februar 2004, fiel der Startschuss: essen-pico-bello, die Kommunikationskampagne rund um das Thema Sauberkeit nahm ihren Anfang.

Ziele von Essen-pico-bello

- **Verantwortung:**

Die Eigenverantwortung der Essener Bevölkerung hinsichtlich der Sauberkeit soll mit essen-pico-bello gefördert werden. Durch Information, Aufklärung und Mitwirkung soll dieses Ziel erreicht werden.



- **Information:**

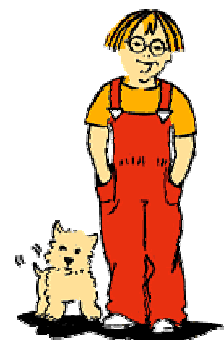
Die Bürgerinnen und Bürger werden zum Thema Sauberkeit zielgerichtet informiert. Dies geschieht durch die Internetseiten essen-pico-bello.de, verschiedene Flyer und die direkte Auskünfte über persönliche Gespräche, E-Mail oder am Telefon: Wie ist der Müll richtig zu entsorgen? Wer ist für die Reinigung der Grünflächen zuständig? Wohin mit dem Hundekot? Hunde auf dem Spielplatz, was nun?

Eine enge Zusammenarbeit aller beteiligten Institutionen - wie z.B. die Entsorgungsbetriebe Essen, Grün und Gruga, Ordnungsamt, Sport- und Bäderbetriebe, Jugendamt, E-VAG, Straßenbau und Verkehrstechnik, Amt für Verkehrs- und Baustellenmanagement, Umweltamt - ist dabei notwendig und erprobt. Die Parkhüter in den Essener Parkanlagen und die gemeinsame Streife von Polizei und Ordnungsamt sorgen auch für Aufklärung und können jederzeit von den Bürger/innen angesprochen werden.

- **Transparenz:**

Das Team Essen-pico-bello ist zum zentralen Ansprechpartner für die Sauberkeit in Essen geworden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich bei Anfragen, Anregungen und Beschwerden nicht mehr durch den „Zuständigkeitsdschungel“ des Konzerns Stadt arbeiten, sondern sie haben mit der pico-bello-Hotline, das Herzstück von Essen-pico-bello, einen Ansprechpartner. Der Service für die Bürgerinnen und Bürger wird großgeschrieben, Servicestandards sind festgelegt:

- Kein Anruf geht verloren – wir kümmern uns darum!
- Fragen werden möglichst beim ersten Kontakt beantwortet.
- Der/die Anrufer/in hat eine/n Ansprechpartner/in und wird nicht „rumgereicht“.
- Beschwerden werden effektiv und wirtschaftlich erledigt.
- Die Bürger/innen erhalten spätestens nach drei Tagen eine Nachricht.
- Spätestens nach drei Wochen soll die Beschwerde erledigt sein.



Der besondere Service steckt in der guten Kommunikation und der leichten Erreichbarkeit: 24 Stunden, 7 Tage durch persönliche Erreichbarkeit von montags bis freitags in der Zeit von 8.30 bis 16.00 Uhr, einen Anrufbeantworter und die Möglichkeit auch online Beschwerden und Anregungen zu senden. Gerade diese Erreichbarkeit macht die pico-bello-Hotline zum positiven Erlebnis für die Bürgerinnen und Bürger.

- **Mitwirkung:**

Seit 2006 findet alljährlich im März der pico-bello-Sauberzauber statt. Jedes Jahr haben sich bislang ca. 10.000 Menschen an dieser Aktion beteiligt: Kindertagesstätten, Schulen, Sportvereine, Nachbarschaftsgemeinschaften, Stadtteilbüros, Spielplatzpaten und noch viele mehr waren bislang dabei und sind es auch in 2010 wieder.



Die Essener Bürgerinnen und Bürger wirken also mit bei der Sauberkeit in ihrer Stadt und ihr Einsatz wird öffentlich kommuniziert und wertgeschätzt.

Daneben werden aber auch verschiedene Bürgeraktivitäten vom pico-bello-Team unterstützt, wie zum Beispiel Reinigungsaktionen in verschiedenen Stadtteilen, Gesundheitstag im Nordviertel, etc.. Auch auf verschiedenen Festen, wie Stadtteilsten, Spielplatzfesten, Eröffnung des Krupparks, Diskussionsrunden können sich die Menschen an essen-pico-bello-Aktionen beteiligen.

Kinder haben insbesondere über das Kinderforum die Möglichkeit, sich an pico-bello zu beteiligen.

10. Bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung

Bei der Aufstellung des Haushaltsplanes 2010/2011 haben die Einwohner/innen der Stadt Essen zum ersten Mal die Möglichkeit, über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestbeteiligungsverfahren hinaus, über den Haushaltsplanentwurf per Internet informiert zu werden, für oder gegen Einsparvorschlägen zu votieren sowie eigene Vorschläge einzubringen.



Die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens fließen in die nachfolgenden politischen Beratungen ein.

Richtlinien für die Beteiligung der Bürger/innen an der Haushaltskonsolidierung in Essen

Die Bürgerbeteiligung wird in dieser Einstiegsphase als Maßnahme zur Konsolidierung des Haushalts der Stadt verstanden. Das Verfahren soll sowohl der Bürgerschaft als auch dem Rat die finanzpolitische Situation der Stadt vor Augen führen. Jedem interessierten Bürger soll klar werden, dass eingespart werden muss, dass unvermeidliche Einsparbeschlüsse und -maßnahmen anstehen. Zielsetzung ist daher, das Verfahren als einen wichtigen Baustein in die Entwicklung des Haushaltssicherungskonzeptes zu integrieren, nicht zuletzt auch deshalb, um eine höhere Legitimation und Akzeptanz aus der Bürgerschaft zu erhalten. Das Verfahren hat folgende Vorgaben zu beachten:

- Das Verfahren informiert anhand ausgewählter und gut verständlicher Beispiele über die brisante finanzielle Situation der Stadt Essen.
- Einsparungen bei Ausgaben stehen im Mittelpunkt. Entsprechende Einsparvorschläge zum Haushalt werden durch die Verwaltung vorgelegt.
- Die Stadt nimmt die öffentliche Bewertungen (ggf. auch alternative Sparvorschläge) zur Kenntnis, behält sich aber vor zu entscheiden, welche Anregungen seitens der Bürgerin-

nen und Bürger berücksichtigt werden und welche nicht. Ihre Entscheidungen wird die Stadt öffentlich begründen („Rechenschaftslegung“).

- Die Beteiligung ist also als ein beratendes Verfahren auszulegen. Das heißt die Bürgerinnen und Bürger werden im Rahmen des hier beschriebenen Verfahrens angehört, sie greifen nicht in die zugrunde liegenden Entscheidungsprozesse ein (keine direkte Demokratie).
- Die bürgerbeteiligte Haushaltskonsolidierung wird im Rahmen eines „schlanken Verfahrens“ realisiert. Sämtliche Schritte des Verfahrens sind so einfach und effizient wie möglich zu gestalten.
- Als Beteiligungsmethode wird ein internetgestütztes Vorschlagseingabe- und -bewertungsverfahren gewählt, um eine niedrighschwellige Beteiligung seitens der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Zielsetzung durch die Nutzung des Internets ist, wenn auch nicht alle, dafür aber möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.
- Auf weitere Beteiligungskanäle wird aus Zeit- und Kostengründen in diesem ersten Verfahren verzichtet.
- Auf Seiten der Verwaltung soll durch die Internet-basierte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger eine medienbruchfreie und zügige Be- und Abarbeitung der Beteiligungsergebnisse gewährleistet werden.
- Die Sparvorschläge werden Themenschwerpunkten zugeordnet (z.B. Sport, Kultur, Kinderbetreuung, usw.). Sie werden in leicht verständlicher Form dargestellt, z.B. in Form von Szenarien. Dabei können die Bürger/innen auch eigene Sparvorschläge machen.